

Antwort Die LINKE - Wahlprüfsteine 2009

I. Kulturförderung und kulturelle Bildung

Zu 1:

Die Vorstellung, mit einem Vertrag den Kulturbereich abzusichern, trifft auf Verständnis bei den LINKEN, hat aber doch im Wesentlichen seine Ursache in der chronischen Unterfinanzierung dieses Bereiches. Der Vorschlag der Ständigen Konferenz der kulturellen Fachverbände Thüringens, einen Kulturpakt als Pendant zum Hochschulpakt zwischen kulturellen Fachverbänden und den ministeriellen Ebenen des Freistaates abzuschließen, findet im Prinzip die Unterstützung der LINKEN. Dabei müssten Problemfelder noch einer Lösung zugeführt werden, wie zum Beispiel, ob es gelingt, dass alles, was unter dem Begriff Kultur subsumiert wird, auch wirklich erfasst wird. Und besteht nicht die Gefahr, trotz Verhandlungen mit den kulturellen Fachverbänden und Initiativen Bereiche zu vergessen? Zudem ist im Gegensatz zu den Hochschulen Kultur sehr vielfältig zusammengesetzt, sie ist mal spontan und mal mit langen Traditionen behaftet.

DIE LINKE plädiert für eine Kulturfinanzierung in gemeinsamer Verantwortung von Land und Kommunen. Ein „Kulturlastenausgleich“ unter hälftiger Mitfinanzierung des Landes soll in den Thüringer Regionen zur planvollen Kulturentwicklung beitragen und einen sicheren Rahmen für die abgestimmte Entwicklung von Projekten mit überregionaler Bedeutung wie von gemeindlichen Initiativen schaffen.

Zu 2:

In einer quotenabhängigen Kulturförderung je nach Haushaltslage sieht DIE LINKE keine ausreichende Finanzierung der Kulturarbeit gewährleistet. Zur Finanzierung des Kulturbereiches empfiehlt DIE LINKE den Weg des kommunalen Kulturlastenausgleichs. Hierbei sind alle Gemeinden an der Finanzierung überregionaler Kultur beteiligt. Die Finanzierung erfolgt durch ein Umlagesystem, das einwohnerorientiert ist. Der Fonds wird gespeist zu 50 % durch die Kommunen und das Land Thüringen finanziert 50 % co. Der kommunale Anteil wird aus der Finanzausgleichsmasse entnommen. Dadurch erfolgt eine Entkoppelung von der finanziellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinde. Der Landesanteil bemisst sich in einem ersten Schritt an den Kulturausgaben des Landes im Jahre 2004. Dies waren 129 Mio. Euro. Dadurch ist sichergestellt, dass der Topf insgesamt größer wird und mehr für die Kultur zur Verfügung steht.

Zu 3:

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Kultur künftig auf allen politischen Ebenen als Pflichtaufgabe formuliert wird und nicht länger „freiwillige Aufgabe“ der Kommunen ist. Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE für das Staatsziel Kultur im Grundgesetz ein. Dies ist ein erster wichtiger signalgebender Schritt.

Zu 4:

Seit Jahren setzt sich DIE LINKE nicht nur für den Erhalt, sondern auch für den Ausbau des Projektmanagerprogramms im Kulturbereich ein. In einem ersten Schritt sollen 50 Stellen finanziert werden. Eine Aufstockung würde die dringend erforderliche kontinuierliche und nachhaltige Arbeit stärken und das kulturelle Netzwerk an entscheidenden Knotenpunkten festigen.

II. Landeskulturstiftung

Zu 1:

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Landeskulturstiftung ihre Fördermöglichkeiten durch eine Aufstockung ihres Stiftungsvermögens erweitern kann. Neue zeitgenössische Kunst und Projekte bedürfen der verstärkten Aufmerksamkeit und Förderung, damit Künstlerinnen und Künstler sich in Thüringen kreativ entfalten können.

III. Ehrenamt

Zu 1:

Ehrenamtliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge, es ist entscheidend für ein solidarisches Miteinander und für das kulturelle und sportliche Leben in Thüringen. Ohne das Engagement vieler Menschen wären das kulturelle Leben und die kulturelle Vielfalt gerade im kulturreichen Land Thüringen nicht möglich. Dennoch darf sich der Staat nicht aus seiner Verantwortung ziehen und die Last verstärkt ehrenamtlicher Arbeit aufbürden. Um ein Ehrenamt ausführen zu können, bedarf es des Rahmens und der Unterstützung des Hauptamtes. DIE LINKE wird die politischen Rahmenbedingungen zur Ausführung des Ehrenamtes durch ein Ehrenamtsgesetz verbessern.

IV. Förderung in verschiedenen kulturellen Bereichen

Bibliotheken

Die Novellierung des Thüringer Bibliotheksrechtsgesetzes wird von der LINKEN gefordert. Der uneingeschränkte Zugang für jeden Einwohner zu einer entsprechend ausgestatteten und nutzbaren öffentlichen Bibliothek in erreichbarer Nähe muss gewährleistet werden.

DIE LINKE kritisiert, dass mit der Verabschiedung des Bibliotheksrechtsgesetzes öffentliche Bibliotheken als Freiwillige Aufgaben der Kommunen festgeschrieben sind und ihre Finanzierung über die Zuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs abgegolten wird. Dies sind zwei gravierende Geburtsfehler des Gesetzes, die korrigiert werden müssen. Das seit Jahren zu beobachtende Bibliothekssterben muss endlich gestoppt werden. DIE LINKE fordert, den Auf- und Ausbau leistungsfähiger öffentlicher Bibliotheken durch einen jährlichen Zuschuss zu unterstützen.

Zu 1:

DIE LINKE unterstützt die Forderung, Öffentliche Bibliotheken in die Bildungsinfrastruktur einzubinden. Dazu ist es notwendig, die Landesförderung im Haushalt des Thüringer Kultusministeriums mit einem entsprechenden Haushaltstitel wieder zu verankern. Der Landesanteil an der Finanzierung der Öffentlichen Bibliotheken in Thüringen muss mindestens auf dem Niveau von 2007 festgeschrieben werden.

Zu 2:

Bei der Novellierung des Thüringer Bibliotheksrechtsgesetzes müssen Öffentliche Bibliotheken als Pflichtaufgaben der Kommunen festgeschrieben werden. Dies muss weitere Bibliotheksschließungen verhindern. Im Wirken mit dem Thüringer Bibliotheksverband sind Programme zu entwickeln, die die Kommunen und Landkreise bei der Unterhaltung und Weiterentwicklung leistungsfähiger Bibliotheken landesseitig unterstützen.

Zu 3:

Im Hinblick auf Leseförderung und Bildungsarbeit sind für DIE LINKE Schulbibliotheken nicht nur wichtige Einrichtungen, sondern die Bedeutung und der Stellenwert wird sich in Zukunft erhöhen.

Schulbibliotheken sind Einrichtungen, die an jede Schule gehören. Die Schulen sind entsprechend materiell auszurüsten, um Bibliotheken einzurichten, zu pflegen und zu betreuen. DIE LINKE plädiert dafür, dass das Land über den kommunalen Finanzausgleich (Schullastenausgleich) Sorge dafür trägt, den Schulträgern entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Bildende Kunst

Zu 1:

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass für Baumaßnahmen des Landes grundsätzlich Gelder für Kunst am Bau eingeplant werden müssen. Die Förderung des Bereiches „Kunst und Bauen“ durch den Freistaat ruht seit 2006. DIE LINKE unterstützt den Thüringer Verband Bildender Künstler, bei der Forderung an das Land sein Engagement zu erneuern.

Die Richtlinie K7 der Dienstanweisung Bau (DABau) Thüringen muss dahingehend aktualisiert werden, dass dauerhaft bei Baumaßnahmen des Freistaates auch Mittel für Kunst im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen. Dies betrifft Ausgaben des Hoch-, Tief- und Landschaftsbaues und DIE LINKE unterstützt eine Vergabe im Rahmen transparenter, fachlich legitimierter Wettbewerbsverfahren.

Zu 2:

DIE LINKE tritt für veränderte finanz- und steuerrechtliche Bedingungen ein, da die immer reicher werdenden Reichen und Vermögenden bei der Sicherung der Mittel für kulturelle Aufgaben sich zunehmend verabschieden. DIE LINKE hält eine neue Prioritätensetzung in der Haushaltssetzung von Bund und Ländern für zwingend erforderlich.

Der prozentuale Anteil für Bildung und Kultur am Gesamtetat des Landes Thüringen muss erhöht werden. DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass mindestens der sogenannte Inflationsausgleich pro Jahr dem Kulturhaushalt zufließen muss. Speziell eine Erhöhung der Mittel zur Einrichtung eines Ankaufpools für zeitgenössische Bildende Kunst und die Einführung gesonderter Ankaufetats in den Thüringer Museen für den Erwerb von Werken lebender Künstler hält DIE LINKE für wünschenswert und unterstützt diesen Vorschlag. Die finanzielle und personelle Ausstattung der Thüringer Museen muss erhöht werden, damit Nachlässe zeitgenössischer Künstler unseres Freistaates erworben und gepflegt werden können.

Zu 3:

Die Forderung der Thüringer Künstlerinnen und Künstler nach Einführung von Ausstellungshonoraren bei öffentlichen Ausstellungen, um so einen Teil des existenzsichernden Einkommens der Künstler festzuschreiben, findet bei der LINKEN Zustimmung und Unterstützung. Für den Erhalt und die Förderung kommunaler Galerien setzt sich die DIE LINKE grundsätzlich ein, die Entscheidung trifft jedoch die jeweilige Kommune eigenverantwortlich.

Literatur

Zu 1:

DIE LINKE misst der Literaturförderung einen hohen Stellenwert bei. Dabei teilt sie die Auffassung des Thüringer Literaturreates, dass die Literaturförderung gleichermaßen die literarische Produktion wie ihre Rezeption umfasst. DIE LINKE hält die Wiedereinführung von Autorenstipendien für dringend notwendig. Um eine breite Vielfalt zu ermöglichen, sollten nur wenige Kriterien zu Grunde gelegt werden. Selbstverständlich sollte ein gewisser thematischer landesspezifischer Bezug (Identitätsstiftung) zu erkennen sein. Gleichzeitig sollte ein Projekt geeignet sein, „Spaß am Lesen (aber auch Schreiben)“ zu befördern. Gleichzeitig sollten Möglichkeiten ausgelotet werden, wo die Stipendiaten Projekte in Schulen unterstützen etc.

Zu 2:

Die Arbeit der literaturfördernden Vereine, Verbände und Gesellschaften wird von der LINKEN sehr hoch geschätzt. Literaturförderung ist kein Selbstzweck und schon gar nicht ein Hobby Einzelner. Literatur ist ein wesentlicher Bestandteil der Bildungsarbeit und das ein Leben lang. DIE LINKE unterstützt daher die Forderung des Thüringer Kulturrates nach Anerkennung des Stellenwertes der Literatur, insbesondere des zeitgenössischen literarischen Schaffens in Thüringen und der Literaturvermittlung überhaupt. DIE LINKE wird sich einsetzen für bessere finanzielle Rahmenbedingungen der Literaturförderung in Thüringen.

Zu 3:

Das Projektmanagerprogramm muss ausgebaut und die Option zur Aufnahme weiterer Verbände gewährt werden. Das Projektmanagerprogramm hat sich grundsätzlich bewährt und DIE LINKE fordert seit Jahren die Aufstockung des Programms. Dieses Programm ist heute ein unverzichtbarer Baustein bei der Sicherung des Breitenkulturellen Netzwerkes in Thüringen. DIE LINKE setzt sich für die Erhöhung der Projektmanagerstellen auf das ursprüngliche Niveau von 5 Stellen als wesentliches Arbeitsinstrument, speziell im Bereich der Literaturförderung, ein, haben doch gerade die Literaturfördernden Vereine die Fachkompetenz im Hinblick auf Autoren und Leser als auch die Sozialkompetenz im Hinblick auf das Publikum.

Museen

Zu 1:

DIE LINKE unterstützt die Forderung des Museumsverbandes Thüringen, die Fördermittel des Landes für die Museen mindestens auf den Stand des Jahres 2004 wieder anzuheben.

Zu 2

Die vielfältige Museumslandschaft Thüringens gilt es zu erhalten. Gemeinsam mit dem Thüringer Museumsverband will DIE LINKE langfristige Strategien nicht nur zum Erhalt des Status quo, sondern zur Erhöhung der Attraktivität und der Vielfalt entwickeln. Die Thüringer Museen müssen ihre Kernaufgaben Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln uneingeschränkt erfüllen können.

Zu 3:

DIE LINKE teilt und unterstützt nachdrücklich die Auffassung, wonach die Museen der größte außerschulische Bildungsanbieter in Thüringen ist. Hier werden Wissen und Werte vermittelt. Der soeben vorgelegte Kulturwirtschaftsbericht für Thüringen hat sehr gut die Bedeutung und die Wirkung der Museen herausgestellt. Am Beispiel des traditionsreichen Lindenau-Museums in Altenburg wurden außergewöhnliche Effekte mit der Kulturwirtschaft bescheinigt. Mit der integrierten Kunstschule und der „Schule im Museum“ habe sich das Museum in herausragender Weise in der Vermittlung von Kunst positioniert. Wer Kulturwirtschaft ernst nehmen will und Kultur immer auch mit seinen Bildungspotentialen versteht, der muss die Rahmenbedingungen verbessern. Um mit den Museen diese außergewöhnlichen Effekte mit der Kulturwirtschaft weiter zu steigern, bedarf es konkret der Aufstockung von Personal und Finanzen.

Musik

Die Einrichtung der Landesmusikakademie Sondershausen ist für die Stärkung der musikalischen Nachwuchsförderung und der Laienmusik in Thüringen von besonderer Bedeutung. DIE LINKE setzt sich für die Sicherung und die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen der Arbeit der Landesmusikakademie ein.

Zu 1:

Frühkindliche Musikbegegnung in Familie und Kindergärten ist für DIE LINKE eines der wichtigsten Schlüssel zur musischen Bildung und kreativen Entfaltung eines jeden Menschen.

DIE LINKE hat ein Alternatives Schulgesetz erarbeitet, das nun als Entwurf vorliegt. Hier wird ausdrücklich hervorgehoben, dass es auf den Anfang ankommt. Alle Vorschüler sollen ein verbindliches und kostenloses Vorschuljahr in einer Kindertagesstätte oder vergleichbaren Einrichtung besuchen. Wichtiger Bestandteil der frühzeitigen Unterstützung und Förderung ist die musische Bildung.

Die allgemeinbildenden Schulen vermitteln musisch-ästhetische Bildungsinhalte über die in den Rahmenlehrplänen für einzelne Unterrichtsfächer festgelegten Inhalte hinaus. Dabei stehen das Sammeln praktischer Erfahrungen und die aktive Ausübung im Vordergrund. Um ein breites musikalisches Angebot zu ermöglichen, kooperieren die Schulen mit kulturellen Einrichtungen und Trägern in der jeweiligen Region.

Modelle wie „Jedem Kind ein Instrument“ finden die Zustimmung und Unterstützung durch DIE LINKE.

Mit welchen Anreizen wird geworben, um jüngere Musiklehrerinnen für Thüringen zu gewinnen? Das Land hat die notwendigen Mittel für außerunterrichtliche Angebote an den Schulen in den letzten 5 Jahren nahezu halbiert. Um verstärkt musikkulturelle Angebote an möglichst allen Schulen zu verankern bzw. auszubauen, ist die Forderung DER LINKEN, die entsprechenden Landesmittel für den Ausbau von Ganztagschulen für die Schulträger deutlich anzuheben.

Das Land Thüringen benötigt auf Grund der über Jahre verfehlten Personalpolitik dringend junge Lehrerinnen und Lehrer. Angesichts des hohen Altersdurchschnitts wird bereits in 3 Jahren ein deutlicher Lehrermangel an den Schulen bestehen, wenn nicht umgehend junge Lehrer neu eingestellt werden. Um also junge MusiklehrerInnen für Thüringen zu gewinnen, sind nach Auffassung der LINKEN die entsprechenden Lehrerstellen auch über den aktuellen Bedarf hinaus zu schaffen und endlich eine Gleichbehandlung bzgl. des Arbeitsumfanges von angestellten und verbeamteten PädagogInnen an den Schulen auch bei Neueinstellung anzubieten (d. h. Vollbeschäftigung auch für angestellte und neu eingestellte LehrerInnen).

Zu 2:

Für DIE LINKE sind die Öffentlichen Musikschulen in Thüringen von herausragender Bedeutung für die musikalische Bildung. Eine langfristige verlässliche Bildungsarbeit der öffentlichen Musikschulen kann nur gesichert werden, wenn, wie von der Enquetekommission des Deutschen Bundestages empfohlen, ein Thüringer Musikschulgesetz auf den Weg gebracht wird. Dabei müssen die finanziellen Rahmenbedingungen die Haushaltslage der öffentlichen Musikschulen deutlich sichern. Hierbei unterstützt DIE LINKE die Orientierung auf hauptamtliches Lehrpersonal, das pädagogisch verantwortlich und musisch kompetent tätig ist. Auch tritt DIE LINKE dafür ein, dass der Zugang zur musikalischen Bildung sozial gerecht gestaltet wird.

Zu 3:

Die derzeitig praktizierte Förderung der Künstlerszene im musikalischen Bereich erachtet DIE LINKE als ausbauwürdig. An den Thüringer Theatern existieren Haustarifverträge und Musiker verzichten auf Teile ihres Gehaltes. Seit Jahren gibt es die Tendenz, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern bei Beteiligungen Thüringer Laienmusikensembles an den Laienmusikwettbewerben auf Bundesebene, Thüringer Spitzenensembles immer rarer werden. Dies betrifft Chöre und Orchester gleichermaßen. DIE LINKE steht daher hinter der Forderung des Thüringer Landesmusikrates, dass dieser Tendenz nur langfristig durch geeignete Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, durch Wettbewerbe und vielfältige Begegnungsprojekte entgegen zu wirken ist. DIE LINKE unterstützt den Thüringer Sängerbund bei der Suche nach Wegen für eine engere Zusammenarbeit und Vertiefung der gemeinsamen Arbeit der Laien- und Berufsmusiker und wird sich für die stärkere Achtung und Anerkennung der Arbeit der Laienchöre einsetzen. Die Förderung von Projekten zeitgenössischer Musik muss nach Ansicht der LINKEN über die etablierten Festivals Neuer Musik wie die „Frühjahrstage zeitgenössischer Musik“ oder die „Tage Neuer Musik“ in Weimar intensiviert werden. Ähnlich anderer Bundesländer ist zur nachhaltigen

Unterstützung der vielfältigen Szene der zeitgenössischen Musik der Aufbau von Netzwerken und Zentren erforderlich.

DIE LINKE befürwortet und unterstützt in diesem Zusammenhang die Vergabe von Kompositionsaufträgen und Stipendien an Komponisten.

Soziokultur

Zu 1:

DIE LINKE misst Kultur einen hohen Stellenwert bei. Gleiches gilt auch für den Bereich Bildung und Soziales. Lebendige Demokratie braucht den schrankenfreien Zugang aller zu Bildung und Kultur und das von Anfang an. Dabei vertritt DIE LINKE einen weiten Kulturbegriff, der die unterschiedlichen Lebensweisen der Menschen und die verschiedenen Formen der praktisch-geistigen Aneignung der Welt berücksichtigt. Diesen stellt DIE LINKE in den Mittelpunkt ihres politischen Wirkens in Thüringen. Das Steuerkonzept der LINKEN zielt auf eine gerechtere Steuerpolitik. Thüringen ist ein Land reicher Kultur, die ihre Wirkung weit über die Landesgrenzen hinweg ausstrahlt. DIE LINKE tritt ein für die öffentliche Diskussion und die Fortentwicklung des Landeskulturkonzeptes, um die historisch gewachsene und vielfältige Kulturlandschaft Thüringens für die eigene Identität und als touristischen Anziehungspunkt zu nutzen. DIE LINKE steht für den Anspruch, dass Investitionen in Kultur resp. Bildung wirklich als solche behandelt werden. Kultur als Pflichtaufgabe festzuschreiben, wäre zunächst nur ein verwaltender Akt. Mittel für die Kultur als investive Gelder zu behandeln, haben Folgen für den Landeshaushalt. So muss der Landesetat für kulturelle Zwecke in jedem Fall erhöht werden.

Zu 2:

Die Potenzen von Kultur für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entfaltung müssen deutlich besser genutzt werden als bisher. DIE LINKE will deswegen ein langfristiges Programm „Fachkräfte im Bereich Soziokultur“. Es soll das bestehende Projektmanagerprogramm erweitern und sowohl im Jugendbereich als auch für die kulturelle Teilhabe von älteren Menschen Angebote in der Fläche ermöglichen. Schwerpunktmäßig sind vor allem Angebote für Kultur-Tourismus und Inseln der Kreativwirtschaft zu fördern und zu entwickeln, unter anderem sind hier die günstige Verpachtung geeigneter Gebäude und Existenzgründerprogramme geplant.

Zu 3:

DIE LINKE sieht die soziokulturelle Arbeit als festen und gleichberechtigten Bestandteil des reichhaltigen kulturellen Lebens in Thüringen. Soziokulturelle Zentren und Kulturinitiativen bieten spartenübergreifende Kulturarbeit, die zum Mitgestalten und Mitmachen einlädt. DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Soziokultur in Thüringen nach Rahmenbedingungen, die sichere und gute Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für kulturelle Projekte und Einrichtungen schaffen. Dabei sollte es mehr Finanz- und Personalsicherheit und weniger Bürokratie für die einzelnen Kulturinitiativen geben. Eine ressortübergreifende Förderung, gerade im Bereich der Soziokultur, wird durch DIE LINKE schon seit Jahren gefordert. DIE LINKE betrachtet Kultur und Bildung als zwei Seiten einer Medaille. Interministerielle Lösungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Tourismus und Sozialer Arbeit werden DIE LINKE einfordern und unterstützen.

Theater

Zu 1:

Als die Landesregierung vor drei Jahren ankündigte, dass bei der Theaterfinanzierung 10 Millionen Euro gestrichen werden sollen, erhob sich Protest nicht nur in Thüringen. Inzwischen sind die Verträge unterzeichnet und in Kraft. Zufrieden ist DIE LINKE damit nicht. Ein Kultusminister Jens Goebel, der einen Kahlschlag in unserer Kulturlandschaft verursacht, war seiner Aufgabe als Minister

nicht gewachsen. Kürzungen bei Bibliotheken, Musik- und Jugendkunstschulen, bei den Museen und dann auch noch 10 Mio. Euro bei der Theater- und Orchesterfinanzierung. Da kann man nicht von Schutz und Förderung der Kultur durch das Land sprechen.

Andererseits hat es zur Entstehung der Kulturinitiative geführt und der tausendfache Protest der Thüringer Kulturbürger war nicht zu überhören. Dennoch bieten die Verträge zwischen den Städten und Landkreisen als Träger von Theatern und Orchestern und dem Land Thüringen Planungssicherheit über mehrere Jahre.

DIE LINKE spricht sich dafür aus, die Praxis der Vier- oder Fünfjahresverträge auch künftig beizubehalten.

Zu 2:

Die neuen Haustarifverträge führten erneut zu Verzicht bei den Beschäftigten, zum anderen wirkten sich die zum Teil erheblichen Kürzungen am Gesamtvolumen der Haushaltszuweisungen aus dem Freistaat schlecht auf den gesamten Geschäftsbetrieb der einzelnen Theater und Orchester aus. Die Künstlerinnen und Künstler sowie die technischen und Verwaltungsmitarbeiter sind hoch motiviert, qualitativ gutes Theater zu gestalten, die Bedingungen für ihre Arbeit werden jedoch nicht besser. Die Zukunft der Theater und Orchester im Freistaat Thüringen müssen mit einer besseren finanziellen Ausstattung gesichert werden.

Zu 3:

Die Theater- und Orchesterlandschaft in Thüringen genießt in der Kulturpolitik der LINKEN eine hohe Wertschätzung. Sowohl im Hinblick auf die Produktion als auch auf die Rezeption von Kunst besitzt das Theater Eigenheiten und Möglichkeiten, die weder durch Film, Fernsehen u. ä. zu übertreffen noch zu ersetzen sind. Andererseits besteht das kulturpolitische Konzept der LINKEN zum Umgang mit Theatern nicht in einer undifferenzierten, mit dem „Wahren, Guten und Schönen“ der Kunst an sich begründeten Verteidigungshaltung. Theater können und sollen eine besondere Rolle nicht nur für die öffentliche Kommunikation, sondern auch für die Bildung, Jugendarbeit usw. spielen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, dies als Anspruch zu formulieren und für Rahmenbedingungen zu seiner Realisierung einzutreten. Die öffentliche Finanzierung ist ein wesentlicher Rückenhalt der Theaterfinanzierung und darf als solcher nicht in Frage gestellt werden. Bei der Dichte unserer Kulturlandschaft in Thüringen darf die Frage nicht lauten, wieviel Theater ist noch finanzierbar, sondern wieviel Theater ist heute gesellschaftlich notwendig, wieviel Theater brauchen wir und wie ist dies strukturiert? Dabei müssen Aspekte wie Standortfaktor für Region und Land oder Wechselwirkung mit Sozio- und Breitenkultur Berücksichtigung finden. Es muss letztendlich zu einem gesellschaftlichen Konsens darüber kommen, dass das Theater als spezifische Kultur- und Kommunikationsform gebraucht wird. In dem Ergebnis dieser Auseinandersetzung gilt es, um die Bereitschaft zu werben, die entsprechenden Finanzmittel unter dieser Prämisse bereitzustellen.

gez. Knut Korschewsky
Landesvorsitzender